

AGS:NACHRICHTEN

Herausgeber: Landesvorstand der
AGS in NRW | www.ags-in-nrw.de

Ausgabe Nr. 65 | Feb. 2013

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN DER SPD

seite 1

**Liebe Genossinnen und Genossen der AGSNRW,
sehr geehrte Leserinnen und Leser!**

2013 – das fängt ja gut an!?

„Und jedem Anfang wohnt ein Zauber inne!“

– Hermann Hesse

Es ist wohl eher fauler Zauber, mit dem die Regierung uns zum Jahresanfang beglückt. Wir wären ja statt „zauberhafter“ schon mit handwerklich gut gemachter Politik zufrieden. Aber darauf müssen wir wohl noch bis zum Herbst 2013 warten.

„Der Tod ist ein Meister aus Deutschland.“

– Paul Celan

Meisterhaft gefertigte Rüstungsgüter aus Deutschland sind in aller Welt begehrt, besonders in Spannungsgebieten. Die Bundesregierung verliert bei der Genehmigung von Rüstungsexporten alle Hemmungen (→ „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland.“, S. 8). Dagegen muss man aufbegehren! Auch wir von der AGS!

„Alles was du sagst, sollte wahr sein. Aber nicht alles was wahr ist, solltest du auch sagen.“

– Voltaire

Die regierungsnahe Boulevard-Presse (und nicht nur diese Medien) lenkt vom Versagen und den Skandalen der Regierung ab, indem sie Aussagen des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung stellt.

Die „lockeren Sprüche“ von Peer Steinbrück sind zwar inhaltlich unbestritten richtig, aber taktisch unklug. Wie ist es um unser Land bestellt, wenn Ehrlichkeit und ein offenes Wort kritisiert, Heuchelei, Versagen und Untätigkeit aber kaum thematisiert werden?

„Der gestraft wird, ist nicht mehr der, welcher die Tat getan hat. Er ist immer der Sündenbock.“

– Friedrich Nietzsche

Die FDP sucht einen Sündenbock für ihren Niedergang. Dabei hat sie sich selbst überflüssig gemacht, als sie den Einsatz für Bürgerrechte und eine liberale Demokratie beendete. Politiker/innen wie Hildegard Hamm-Brücher, Gerhard Baum und Burkhard Hirsch standen für die alte FDP. Die neue FDP wird nur noch geprägt durch neoliberale Thesen und Klientel-Politik „pur“. Das wird zwar den Wünschen der Stamm-Wählerschaft gerecht, reicht aber kaum noch für das Überspringen der 5%-Hürde bei Wahlen. Schade um die FDP!

„Ab jetzt wird geliefert!“

– Philipp Rösler, FDP-Vorsitzender (noch)

Aber von wem? Die Piratenpartei war Hoffnungsträger für Menschen, die sich mehr Transparenz in den politischen Abläufen und ein Mehr an liberaler Rechtsstaatlichkeit wünschen. Was von der FDP nicht mehr „geliefert“ wurde, gelangte bei den Piraten gar nicht erst in ein ernstzunehmendes Programm. Die Piraten surften in 2012 auf einer Erfolgswelle, die sie zur Jahreswende unter sich begrub. Wer sein Brett nicht beherrscht, geht unter.

„Als Tiger gestartet, als Bettvorleger gelandet.“

(unbekannt)

Die Gestaltung der Energiewende, einst von Kanzlerin Merkel zur Chefsache erklärt, ist neben der Lösung der Finanzkrise die wichtigste Aufgabe der Politik in den nächsten

Inhalt

seite 1

2013 – das fängt ja gut an!?!.....1

Köpfe der AGS in NRW

Ralph Brodel: „Traumschiff-puzzle und Seelenverkäufer“3

LT-Wahl in Niedersachsen

„Selbständige wählen SPD – nicht alle, aber immer mehr“4

Aus dem „vorwärts“

Die Suche nach politischer Vertretung: „Wo bleibt die SPD?“ ...5

Aus den Kommunen

„Einheitlicher Ansprechpartner“ in Köln: „Die Stadt als Dienstleister?“7

Wirtschaft & Ethik

„Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“8

Handwerk

5. Röpke-Symposium: „Wohlstand der Nationen durch berufliche Bildung“9
Dreikönigstreffen des NWHT: „Wer regiert uns wirklich – Markt oder Politik?“11

Genossenschaften

KfW-Förderprogramme für die gewerbliche Wirtschaft: Genossenschaften sind jetzt zugelassen.....13

Personalia

Prof. Wolfgang Schulhof erhält den NRW-Verdienstorden14

Service

Termine, Redaktionsschluss, Impressum14

AGSNRW interaktiv

eMail: info@ags-in-nrw.de
Internet: www.ags-in-nrw.de
Facebook: AGSNRW
Twitter: @agsnrw

Fortsetzung von Seite 1

Jahren. Den Start hat Norbert Röttgen verstopft, bevor er über das gestreckte Bein der Kanzlerin fiel. Peter Altmeier ist dem Thema entweder nicht gewachsen, oder er lässt sich ausbremsen. Und die Kanzlerin ist, wie gewohnt, abgetaucht, nachdem sie feststellen musste, dass die Energiewende kein reines Gewinnerthema ist. Aber wo bleibt ein politisches Alternativprogramm der SPD? Nicht nur das Handwerk wartet darauf (→ „Wo bleibt die SPD“, S. 5).

Doch es gibt sie noch, die positiven Ereignisse zum Jahresbeginn:

„Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir.“

– Hebr. 13,14

Diese Losung trug vor: Dr. h. c. Nikolaus Schneider, Ratsvorsitzender der EKD, zur Orientierung für das Jahr 2013 auf dem Dreikönigstreffen des NRW-Handwerks (→ „Wer regiert uns wirklich – Markt oder Politik?“, S. 11).

„Ohne Fleiß keinen Preis!“

(unbekannt)

Und fleißig war die Niedersachsen-SPD. Der Preis ist der mögliche Regierungswechsel. Einen hohen Preis zahlen muss die CDU. „Ohne (Inhalte) zu liefern“ hat es die FDP in Niedersachsen noch einmal geschafft. Allerdings auf Kosten der CDU. Ob das runde Dutzend CDU-Landtagsabgeordnete besonders erfreut darüber ist, deshalb zukünftig vor der Tür des Landtags in Hannover zu bleiben?

Eine weitere gute Nachricht: Bisher mit „ihrem“ Spitzenkandidaten frem-

delnde potentielle SPD-Wähler werden sich im Herbst entscheiden müssen, ob sie Steigbügelhalter für Merkel & Co sein wollen. Das gilt auch für die Anhänger von Piraten und Linken. Da ist noch viel Luft nach oben. Für Schwarz/Gelb ist es die 5. Wahlniederlage in Folge. Das macht Hoffnung!

„Aller Anfang ist hingebunden auf Vollendung.“

– Thomas von Aquin

Letztlich ist es wie zu jedem Jahresanfang. Es kommt auch auf die Richtung der Betrachtung an, ob die Ereignisse zum Jahresanfang als gut oder schlecht bewertet werden. Und gute Vorsätze, die man auch den meisten Politikern unterstellen kann, enden oft durch die sogenannten Sachzwänge. Alternativlos ist das nicht!

Einen Leitfaden für ein besseres neues Jahr als das Vorhergehende soll die Weihnachtsansprache des Bundespräsidenten enthalten. Joachim Gauck fordert von den Deutschen, Mut und Zivilcourage zu zeigen: „In der Sprache der Politik heißt das: Solidarität. In der Sprache des Glaubens: Nächstenliebe. In den Gefühlen der Menschen: Liebe.“

Wenn „jedem Anfang ein Zauber inne wohnt“, lasst uns dafür sorgen, dass dieser Zauber erhalten bleibt und uns hilft, die „Hinordnung auf Vollendung“ zu meistern. <



In diesem Sinne:

André Brümmer

Vorsitzender der AGSNRW

„Ich plädiere sehr dafür, dass die Sozialdemokratie sich darauf besinnt, für wen sie da ist. Wir müssen natürlich eine Volkspartei bleiben. Aber für uns muss auch klar sein: Wir sind vor allem für Arbeitnehmer da, auch für Selbstständige und Handwerksmeister.“ – Sigmar Gabriel, vorwärts 02/13

KÖPFE DER AGS IN NRW

Porträt Ralph Brodel (Schermbeck):

„Traumschiffpuzzle und Seelenverkäufer“

Seit über 20 Jahren als Journalist und PR-Berater aktiv sein und damit auch Geld verdienen, ist heute leider keine Selbstverständlichkeit mehr. Von entsprechender sozialer Absicherung oder/und entsprechender Wertschätzung rede ich daher erst einmal nicht.

Als ich mich vor zwei Jahren, rein beruflich, mehr mit den sogenannten Wachstumsbranchen in NRW auseinandersetzte, machte ich eine wunderbare Entdeckung. Wie im Märchenland wird die Kreativitätswirtschaft gelobt und viele tragen sie vor sich her, als heilbringende Monstranz für wunderbare neue Wirtschaftszeiten.

Für manch einen steht sie gleichbedeutend mit dem Traumschiff am Horizont für unser, in Teilen, stark gebeuteltes Land. Wer sich allerdings dann selber auf dem Schiff als Kapitän beweisen will, ist häufig stärker mit dem Abdichten der vielen Löcher beschäftigt, als mit dem Festlegen eines Kurses.

Die Frage, die sich mir aufdrängte: Wie kann das sein? Wie kann sich ein Traumschiff, aus der Nähe betrachtet, in einen löchrigen Kahn verwandeln? Die Antwort, die ich habe: Es ist ein großes Puzzle aus vielen unterschiedlichen Kähnen, die aus der Ferne ein stolzes Schiff ausmachen. Das Traumschiff: Kreativwirtschaft.

Für mich als Kommunikationsmenschen ist klar, was passiert. „Die“ Kreativwirtschaft gibt es nicht, und es fehlen, darum und trotzdem, Ansprechpartner für „die“ Kreativwirtschaft.



Jeder Wirtschaftszweig, dem auch nur annähernd diese Bedeutung zugemessen wird, ist eigenständig vertreten als Interessenverband. In Ermangelung einer eigenständigen und selbstbewussten Vertretung kann und muss aber auch jeder sein eigenes Bild basteln.

Das Ergebnis: ein Schiff aus Träumen, fernab der Realität

Über diese Gedanken und dem Willen, einen Verband der Kreativwirtschaft zu gründen, bin ich auf die AGS gestoßen und muss gestehen, dass ich diese bislang nie wahrgenommen hatte. Umso mehr erstaunte mich ihre Geschichte und ihre Programmatik. Insbesondere in Abgrenzung zu den elitären Wirtschaftsvereinigungen, die sich bei den anderen Parteien um Unternehmer und Selbstständige kümmern.

Für mich ein zweiter, wesentlicher Grund, mich aktiv in der AGS zu engagieren, da ich mit ihr in einer ländlich-konservativen Gemeinde (Schermbeck) aktiv auf die Unternehmer zugehen kann. In einer, noch, schwarzen Hochburg ist das Auftreten mit der AGS weit weniger erschreckend, als wenn ich mit der SPD-Fahne wedele. Ein weiterer Grund mich in der AGS zu aktivieren und eine AGS Schermbeck aufzubauen.

Erste öffentlichkeitswirksame Tat wird dann eine Fragebogenaktion sein, mit der wir bei allen Unternehmer und Unternehmerinnen wissen wollen, wo sie der Schuh drückt. Daraus sollen dann konkrete wirtschaftspolitische und allgemein-politische Empfehlungen gezogen und formuliert werden. Damit schafft man auch, zumindest meiner Überzeugung nach, eine hö-

KÖPFE DER AGS IN NRW

here Akzeptanz für uns „Rote“. Einerseits, weil man klar machen kann, dass wir „Roten“ nicht nur Wirtschaft wollen und können, sondern sogar selber aus der Wirtschaft kommen, andererseits wird unsere Partei wahrgenommen, als eine Partei, die sich kümmert und direkt auf die Unternehmer zugeht. Und das ist etwas, was die „Schwarzen“ schon lange nicht mehr tun. Die

stehen, zumindest hier, schon so lange am Ruder, dass sie gar nicht mehr mitbekommen, dass ihr Traumschiff schon lange ein Seelenverkäufer ist.

Ihr seht also, es gibt viele Gründe, dass ich mich freue, die AGS gefunden zu haben oder – um im Bild zu bleiben – die AGS ist eine notwendige Reederei, für Seelenverkäufer und Traumschiffpuzzle. <

Ralph Brodel aus Schermbeck (Kreis Wesel) ist Geschäftsführer der Bochumer I-DEAR GmbH.

Kontakt:

I-DEAR GmbH
Bewegende Kommunikation
Hochstr. 55, 44866 Bochum
Tel: +49 2327 9542-0
Web: www.i-dear.de
Email: info@i-dear.de

LANDTAGSWAHL IN NDS

Analyse von André Brümmer auf Grundlage von Infratest-Zahlen: Selbständige wählen SPD – nicht alle, aber immer mehr

Die Landtagswahl in Niedersachsen ist gelaufen. Die Grünen freuen sich – sehr. Die SPD – verhalten. Die FDP – ohne Grund. Und die CDU – trauert.

Es hat für die CDU wieder mal nicht gereicht. Trotz Stimmenverlusten blieb sie zwar stärkste Kraft im Land, noch, aber: Für die Fortsetzung von Schwarz/Gelb reichte es nicht. Die FDP war Klotz am Bein, das Angebot eines populären Spitzenkandidaten statt der Besetzung von Themen kam bei vielen Wählern nicht (mehr) an.

Vertrauensverlust der CDU bei Selbständigen: „Nur“ noch 38 Prozent dieser Wählergruppe entschieden sich in Niedersachsen für die CDU, 11 % kehrten ihr enttäuscht den Rücken. Das kam nicht etwa überwiegend der FDP zu Gute (23 %, +5 %), sondern der SPD (20 %, +10 %!), die ihren Stimmenan-

teil bei den Selbständigen damit verdoppelt hat!

SPD verliert Zustimmung Arbeitsloser an CDU. Arbeiter bleiben SPD und CDU treu. Gewinner sind auch die Grünen.

Mit einem Stimmenanteil von 30 % und einem Zuwachs von 11 % erhält die CDU bei den Arbeitslosen großen Zuspruch. Die SPD liegt bei dieser Bevölkerungsschicht durch einen Stimmenverlust von 8% nur noch bei 28%. Bei den Arbeitern kann sie zwar geringfügig (2 %) auf 37 % zulegen. Aber auch hier ist die CDU mit 32 % (-4 %) immer noch stark. Die FDP ist für Arbeiter (7 %, +1 %) und Arbeitslose (4 %,

-4 %) kaum wählbar, die Grünen haben in beiden Gruppen (+7 %, +10 %) deutliche Zuwächse.

Wahlthema „Wirtschaft“ liegt immer noch vor „Sozialer Gerechtigkeit“

Die Wirtschaftspolitik spielt bei den Wählern (insgesamt fast unverändert) die größte Rolle bei ihrer Wahlentscheidung (31 %, -3 %). Für etwa die Hälfte der CDU- und FDP-Wähler war sie das wichtigste Thema. Bei den SPD-Wählern interessieren sich nur 17 % besonders für Wirtschaft. Insgesamt fast gleich bedeutend war bei der Wahlentscheidung das Thema „Soziale Gerechtigkeit“.

LANDTAGSWAHL IN NDS

Für die CDU (15 %, -3 %) und FDP (14 %, -6 %) nahezu ohne Bedeutung war die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit (gesamt 29 %, +0 %). Für die SPD (42 %, +4 %) und Grüne (34 %, +5 %) ist soziale Gerechtigkeit eines der „Gewinnerthemen“.

Schule und Bildung: Kompetenz bei Grünen und SPD

An 3. Stelle im Themen-Ranking liegen Schule und Bildung, mit insgesamt 26

Prozent (+4 %). Für Grüne- und SPD-Wähler sind das deutlich wichtigere Politikfelder als für CDU und FDP. Die Grünen legen in diesem Bereich allerdings noch deutlicher zu als die SPD.

Arbeitsmarkt-Politik unverändert wichtig

Auch wenn die SPD hier punktet: CDU und FDP sind fast gleich auf. Nur für Grünen-Wähler ist der eigene, gesicherte Arbeitsplatz Grund für Desinteresse.

Fazit: Die SPD punktet mit vielen Themen. Vermehrt Zustimmung erhält sie aus dem „Bürgerlichen Lager“, der Mitte der Gesellschaft. Selbständige erkennen die SPD zunehmend als Interessensvertretung an. Wahlen werden für die SPD nicht mehr nur am linken Rand bzw. beim „Prekariat“ gewonnen.

(Quelle: ARD/Infratest-dimap)

AUS DEM „vorwärts“

Die Suche nach politischer Vertretung: „Wo bleibt die SPD?“



Gesellschaftliche Gruppen suchen politische Vertretung für ihre Interessen. Wo sie ihre politische Heimat finden, ist dem Wandel unterworfen. Historische Bindungen spielen immer weniger eine Rolle. Allenfalls das Groß-Kapital und die meisten „Besser-Verdienenden“ bleiben Schwarz/Gelb treu ergeben. Die Gewerkschaften sind nach Gründung der Links-Partei und der Schröder- Ära keine sichere Bank mehr für die SPD. Vertreter der Kirchen stehen der Politik der CDU zunehmend kritisch gegenüber. Eine traditionelle, dauerhafte Bindung an eine Partei gibt es kaum noch.

Entscheidend für die Wahl der politischen Heimat ist die Vertretung der Gruppeninteressen. Ein Beispiel dafür ist das Handwerk. In den Gründerjah-

ren des modernen politischen Systems fand das Handwerk bei der Sozialdemokratie ein „Zuhause“. Diese Bindung hat die SPD in der Zeit nach

dem 2. Weltkrieg leichtfertig aufs Spiel gesetzt. In dem Maß, wie sich die SPD als reine Arbeitnehmerpartei verstand, verlor sie Zustimmung bei

AUS DEM „vorwärts“

der bürgerlichen Mittelschicht. Gerade die FDP verstand es, Selbständigen und beruflichen Aufsteigern ein attraktives politisches Angebot zu unterbreiten. Die eindeutige Hinwendung zum Neoliberalismus setzte dem ein Ende. Auf der Suche nach einer neuen Heimat sollten wir als SPD dem Handwerk, aber allgemein auch und gerade kleinen Selbständigen helfen und ein Angebot machen.

Die AGS arbeitet zielorientiert daran, nicht immer mit der nötigen Unterstützung aus Berlin. Dass Handlungsbedarf besteht, zeigt ein Artikel aus dem „vorwärts“:

„Wo bleibt die SPD?“

Ein Zwischenruf von Oliver Blumberg (Chefredakteur des Brancheninformationsbriefs „markt intern – Elektroinstallation“, Europas größtem Brancheninformationsdienst) vom Dez. 2012.

„Das Handwerk ist entsetzt über das Versagen dieser Bundesregierung. Die SPD sollte endlich klar machen, was sie ändern will.

Auch wenn die Zielgruppe ‚Handwerk‘ bei der Gründung der SPD vor 149 Jahren eine maßgebliche Rolle gespielt hat – weite Teile dieser Zielgruppe sehen ihre politische Heimat heute im sogenannten bürgerlichen Lager. Allerdings blickt diese vermeintliche Stamm-Klientel derzeit fassungslos auf die aktuellen Leistungen ‚ihrer‘ Regierung. So scheuen sich Standesvertreter des Elektro-Handwerks noch nicht einmal mehr, die zuständigen Fachminister öffentlich als „völlig überfordert“ bloßzustellen.

Insbesondere die ursprünglichen Pläne von Ex-Bundesumweltminister Röttgen sorgten zuletzt für Entsetzen. Abgesehen von den zunächst beabsichtigten Kürzungen bei der Photovoltaik-Förderung an sich, wollte Röttgen diese ohne jegliche Übergangsfristen durchpeitschen. Damit hätte ‚Muttis Klügster‘ vielen eingestellten, aber noch nicht fertiggestellten Projekten über Nacht die Kalkulationsgrundlage entzogen. Viele Handwerksbetriebe wären in kürzester Zeit Pleite gegangen. Eine Tatsache, die während der Protestlawine gegen Röttgens Pläne von fast niemandem öffentlich kritisiert wurde. Auch nicht von SPD-Politikern!

Wie geht es mit den Erneuerbaren Energien weiter? Wenig konkret fordert die FDP europäische Quotenmodelle. Unions-Minister Peter Altmaier verwendet seine Energie darauf, den Bürgern stromsparende Kühlschränke ans Herz zu legen. Planungssicherheit für Handwerksbetriebe sieht anders aus. Ein Handwerksmeister des Elektro- bzw. Sanitär/Heizung-Gewerks (SHK) muss heute wissen: Wie und wo geht es mit regenerativen Energien weiter?

Auf welche künftigen Rahmenbedingungen muss er sich heute – und nicht erst nach der Bundestagswahl – einrichten? Wie lässt sich der Eigenverbrauch von selbst erzeugtem Strom auf rentable Weise steigern? Welche Funktion soll die dezentrale Energieerzeugung einnehmen? Welche Bedeutung soll den Klein(!)windkraftanlagen zukommen? Oder setzt die Bundesregierung beim Windmachen ausschließlich auf Großprojekte, bei denen durchschnittliche Handwerksbetriebe (zirka 10 Mitarbeiter)

meistens außen vor bleiben? Wird es Maßnahmen geben, um die Nachfrage nach Elektro-Autos zu steigern? Ein einziges perspektivisches Vakuum!

Nicht nur die 128.000 Handwerksmeister des Elektro- und SHK-Gewerks, sondern auch die ca. 1,3 Mio. Mitarbeiter dieser Unternehmen fragen sich: Wo bleibt die deutliche Kritik der SPD an diesem Vakuum? Wie will eine SPD-geführte Bundesregierung die steigenden Energiekosten in den Griff bekommen und gleichzeitig Planungssicherheit für das Handwerk schaffen?“ <

Dazu ein Kommentar von Rita Schwarzelühr-Sutter MdB (Foto), Mittelstandsbeauftragte für das Handwerk:



„Lieber Herr Blumberg, vielen Dank für Ihren Zwischenruf: Wo bleibt die SPD? Wir sind in der SPD-Bundestagsfraktion mit Blick auf das Regierungsprogramm dran. Unser Beitrag zum Regierungsprogramm: Seit Anfang 2012 haben wir zwei Große Anfragen gestellt, eine vom Mai 2012 zum Thema Mittelstand (186 Fragen zu Finanzierungsbedingungen, Energiewende, Handwerk usw.) und eine zum Thema Kosten/Nutzen Energiewende vom Juli 2012, die sich mit den Rahmenbedingungen zur Umsetzung der Energiewende, Kostenverteilung Verbraucher und Unternehmen, Chancen für den Mittelstand und Handwerk im Gebäudebereiche usw. auseinandersetzt. Die Bundesregierung ist nicht in der Lage, vor Januar bzw. Februar 2013 auf diese Fragen zu antworten. Wir sind dran!“ <

AUS DEN KOMMUNEN

Für Bürger, aber auch für Dienstleistende, Gewerbe und Handwerk: Die Stadt als Dienstleister?

Immer mehr Städte verstehen sich als Dienstleistungsbetrieb für ihre Bürgerinnen und Bürger. Das ist begrüßenswert, reicht aber im Detail nicht. Zur Bürgerschaft gehören auch Selbständige, die in den Städten ihre Unternehmen betreiben oder gründen wollen. Und da besteht oft genug noch Handlungsbedarf.

Die Stadt als „Dienstleister für Handel, Handwerk, Gewerbe und Freiberufler“? Ein Mittelstandsbeauftragter könnte als einheitlicher Ansprechpartner helfen, dieses Ziel zu erreichen. Die Einführung einer solchen Funktion in der Verwaltung ist ein immer wieder erhobener Wunsch der AGS. Ob er/sie so heißen muss, ist nebensächlich.

Einen nachahmenswerten Weg ist die Stadt Köln mit der Benennung eines einheitlichen Ansprechpartners für Gewerbetreibende gegangen. In einem [Flyer](#) wirbt Köln für einen „Service für Dienstleistende, Gewerbe und



www.einheitlicher-ansprechpartner-koeln.de/eaportal/

Handwerk“. Darin wird Hilfe zugesagt beim Angebot von Dienstleistungen in Köln, bei der Unterstützung von Gewerbe-An- oder -Ummeldungen, bei Bedarf an Informationen zu allen Verwaltungsverfahren und an Service, der

über Behördengrenzen hinweg geht. Dieser Service wird auch von anderen Städten angeboten, aber noch lange nicht von allen. Deshalb: Zur Nachahmung empfohlen! ◀

Aufruf an alle AGS-Mitglieder: Was bieten eure Kommunen an?

Unser Gespräch mit Mitarbeiterinnen der Stadt Köln auf der START-Messe in Dortmund im November letzten Jahres war Anlass für den oben stehenden Artikel.

Jetzt sind unsere Mitglieder gefragt: Wir wollen eine Liste mit entsprechenden Angeboten der nordrhein-westfälischen Kommunen an Selbständige

und Unternehmen zusammenstellen und bitten daher um Zusendung von kurzen Infos oder Links. Wir suchen Angebote und Programme der Kommunen, Wirtschaftsförderungen oder (einheitliche) Ansprechpartner nach dem Vorbild der Stadt Köln. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um große oder kleine Städte, Kreise oder Regionen handelt. Wir werden diese Informatio-

nen zusammenstellen, aktuell halten und zum Download anbieten.

Köln: Einheitlicher Ansprechpartner
www.einheitlicher-ansprechpartner-koeln.de

Dortmund: Dienstleistungszentrum Wirtschaft (DLZW)
www.dlzw-dortmund.de

Bottrop: Förderung und Beratung
www.bottrop.de/wirtschaft/foerderung_beratung

WIRTSCHAFT & ETHIK

André Brümmer zur Verantwortung in der Wirtschaft

„Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“

Ethik und Verantwortung: Zählen diese Werte noch bei der Genehmigung von Rüstungsexporten?

Deutsche Ingenieurskunst, handwerkliche Perfektion, made in Germany: Die deutsche Waffenproduktion hat einen guten Ruf. Aber Waffen stehen nicht nur in Arsenalen, sie sind dazu da, genutzt zu werden. Und das bedeutet: Not und Tod!

„Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“

– Paul Celan

Ist die Bundesregierung auch ein Meister, nämlich im Fassen von verantwortlichen Entschlüssen?

Waffenexporte waren in der Geschichte der BRD schon immer umstritten. Sie wurden oft mit der Sicherung von Arbeitsplätzen und ihrem Beitrag zum Wirtschaftswachstum begründet.

Die AGS bekennt sich zu den Zielen einer sozialen Marktwirtschaft. Dazu gehören auch das Streben nach Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung. Aber rechtfertigt die Verfolgung dieser Ziele auch unmoralisches Handeln? Muss sich Politik nicht gerade in diesem heiklen Bereich strenge Selbstbeschränkung auferlegen?

Selbstbeschränkung bedeutete bisher, dass keine Rüstungsgüter in Spannungsgebiete geliefert oder regionale Konflikte verstärkt werden durften. Die Lieferung von Rüstungsgütern war auch an die Einhaltung der Menschenrechte in den Empfängerländern gekoppelt. So weit die Theorie.

In der Praxis wurde oft genug bei Napoleon Anleihe genommen: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Dieser Doktrin folgte man nicht nur im Iran, in Afghanistan und in Libyen. Die Folgen sind bekannt und geben (ausnahmsweise) Lenin Recht, der sinngemäß gesagt hat, dass der Kapitalismus selbst die Schlinge liefert, an der man ihn aufhängt.

Der Einfluss der Waffenlobby und die Verbindung von Geld und politischen Entscheidungen (Pfahls / Schreiber, Strauß etc.) schaffte es nicht nur in der Vergangenheit immer wieder, selbst auferlegte Beschränkungen ad absurdum zu führen. Der Sicherheitsrat, das Kontroll- und Entscheidungsgremium in unserer Republik, dient auch zur Zeit wieder dazu, dass sich Kanzlerin und Wirtschaftsminister hinter den Beschlüssen dieses Gremiums verstecken können.

Dieses Gremium hat keine wirkliche parlamentarische Legitimation. Es sollte seine Entscheidungen zeitnah gegenüber einer Kontrollkommission rechtfertigen müssen, die auch mit Vertretern der Opposition besetzt sein muss. Die Genehmigung von Rüstungsexporten muss wieder klaren Regeln folgen.

Klaus Barthel, stellvertretender Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Wirtschaft und Technologie und AfA-Bundesvorsitzender: „Wir wollen aber aus leidvoller historischer Erfahrung die Exporte nur im Rahmen restriktiver Exportgenehmigungspolitik, vor allem im

Rahmen unserer außenpolitischen, menschenrechtlichen und developmentspolitischen Ziele, also ausdrücklich im Rahmen von strikten politischen Vorgaben, zulassen.“

Die Rüstungswirtschaft ist extremen Schwankungen unterworfen. Das macht politisch erpressbar. Die Bundesregierung sollte solche Abhängigkeiten vermeiden und auf den Beifall und die Unterstützung der Waffenlobby verzichten. Geld stinkt nicht? Doch! Manchmal klebt Blut an Dollar und Euro.

Erzbischof Robert Zollitsch, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz, sagte anlässlich des Weltfriedenstages 2012: „Es muss wachrütteln, wenn weltweit Rüstungsexporte ein florierendes Geschäft darstellt [...] Florierende Geschäfte auf Kosten von Gesundheit und Leben von Menschen: Dem muss Einhalt geboten werden.“

Präses Nikolaus Schneider, Vorsitzender des Rates der EKD, schreibt in seiner Neujahrsbotschaft: „Christen können sich nicht mit dem ‚Hier und Heute‘ des Alltags und der Welt zufriedengeben.“

Richtig, aber nicht nur Christen. Also lasst uns aufbegehren gegen eine verantwortungslose, unethische Rüstungsexport-Politik. Damit es einmal heißt: „Der Tod war ein Meister aus Deutschland!“

HANDWERK

Bericht vom 5. Röpke-Symposium in Düsseldorf „Wohlstand der Nationen durch berufliche Bildung“



v.l.n.r.: Kammer-HGF Dr. Axel Fuhrmann, BiBB-Präsident Prof. Dr. Friedrich Hubert Esser, ZDH-Präsident Otto Kentzler, Prof. Dr. Hans-Jürgen Schlösser (Uni Siegen), Kammer-Vizepräsident Siegfried Schrempf, Dr. Heike Schmall (FAZ), Prof. Dr. Otto Deppenheuer (Uni Köln), Dr. Thomas Köster (Kompetenzzentrum Soziale Marktwirtschaft)

Die Röpke- Symposien sind wichtige Foren des Austausches von Wissenschaft und Handwerk. Von ihnen gehen viel beachtete Impulse zur ordnungspolitischen Positionierung des Handwerks aus. Die 5. Veranstaltung dieser Reihe fand am 3. Dezember 2012 in der Handwerkskammer Düsseldorf statt. André Brümmer, Vorsitzender der AGSNRW, war zu Gast und berichtet.

Veranstalter war das Kompetenzzentrum Soziale Marktwirtschaft der HWK Düsseldorf, der NWHT und das Bundesinstitut für Berufsbildung.

Das Kompetenzzentrum Soziale Marktwirtschaft steht für die Grundsätze der Marktwirtschaft und gibt dem Handwerk eine starke Stimme, damit Verantwortung und Haftung die Grundlagen unserer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bleiben. Ziel ist es, das Bewusstsein für ordnungspolitische Grundfragen wach zu halten, diesen Ordnungsrahmen in der Tradition der Freiburger Schule anzumahnen und für eine freie Wirtschaftsordnung

mit menschlichem Maß zu werben. Das Zentrum führt Symposien zur Wirtschaftsordnung durch, leistet Diskussionsbeiträge und veröffentlicht Beiträge zur Sozialen Marktwirtschaft.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BiBB) ist laut Eigenaussage das „anerkannte Kompetenzzentrum zur Erforschung und Weiterentwicklung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in Deutschland“. Das BiBB identifiziert Zukunftsaufgaben der Berufsbildung, fördert Innovationen in der nationalen wie internationalen Berufsbildung und entwickelt neue, praxisorientierte Lösungsvorschläge für die berufliche Aus- und Weiterbildung.

Bei dem 5. Symposium ging es um die Frage, ob die „Akademikergläubigkeit“ das berufliche Bildungssystem zerstört.

Aus der Einladung:

„Das duale System der Beruflichen Bildung gilt europa- und weltweit als eine der Grundlagen für den wirtschaftlichen Erfolg und die niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland. Gibt es Chancen, dass andere Länder sich diesem System annähern? Wird das duale System der Beruflichen Bildung in Deutschland selbst durch ständige Erhöhung der Akademiker-Quoten gefährdet?“

HANDWERK

Vertreter des Handwerks und Gäste aus der Wissenschaft und des BiBB suchten Antworten auf diese Fragen.

In Vertretung des erkrankten Präsidenten der HWK DD, **Prof. Schulhoff**, hielt Kammer-Vizepräsident **Siegfried Schrepf** die Eröffnungsansprache. Schrepf kritisierte die Forderung der OECD nach einer Studentenquote von 40 %. Deutschlands Sonderweg mit einem dualen Bildungssystem habe zu geringer Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland beigetragen.

In einem Grußwort lobte **Otto Kentzler**, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH) die Investitionsbereitschaft der deutschen Wirtschaft in Ausbildung. Merkmal der beruflichen Ausbildung sei die frühe Einbindung in die Praxis. Qualifizierung heiße auch Persönlichkeitsbildung.

Einen Gastauftritt hatte **Sylvia Löhrmann**, stellvertretende Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen. Sie bekannte sich im Namen der Landesregierung in einem Grußwort zur dualen Ausbildung.

Moderatorin **Dr. Heike Schmoll** (FAZ) fragte, was ein Studium nütze, wenn es in wenigen Jahren nicht mehr verwendet werden könne.

In einer Video-Einspielung verband **Prof. Richard Sennet** (New York) das Prinzip des Handwerks mit dem Wohlstand einer Nation. Er verglich das angelsächsische mit dem deutschen Ausbildungssystem und kam zu folgendem Ergebnis: „*Das amerikanische und britische System ist auf den schnellen Rückfluss der eingesetzten Ressourcen ausgerichtet. Es ist billiger und man bekommt immer gerade das, was benötigt wird. Auf lange Sicht aber verliert die Qualifikation der vorhandenen Ar-*

beitskräfte immer mehr an Wert! [...] Wenn man aber vergleicht, bin ich überzeugt, dass der Vergleich zwischen sozialer Marktwirtschaft und Neoliberalismus einem Wettbewerb der Systeme gleicht, den Sie gewinnen werden.“

Prof. Otto Depenheuer (Uni Köln) prangerte die Zahlengläubigkeit in der Bildungspolitik als Unsinn an. Selbst in der Geisteswissenschaft werde gezählt, nicht gelesen. Depenheuer: „*Der Geist löst sich in Zahlen auf. Was bleibt, sind geistlose Zahlen! [...] Man weiß alles, versteht aber nichts!*“

Diese Meinung unterstützte **Prof. F.H. Esser** vom BiBB. Fertigkeit sei mehr als Wissen. Er forderte, theoretisches Wissen und Handlungswissen (Kompetenz durch Praxiswissen und Erfahrung) dürfe nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Prof. Dr. Hans Schlösser (Uni Siegen) untersuchte in seinem Beitrag, welche Art von Bildung das Wirtschaftswachstum fördern würde. Die berufliche Bildung sei eine Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und bringe einen praxisbezogenen Aspekt in die Bildung.

Fazit der Beiträge war, dass eine universitäre Wissensgesellschaft nicht reicht, um Probleme zu lösen. In der folgenden Aussprache wurde auf die Gleichwertigkeit von beruflicher und schulischer Bildung hingewiesen, was zu einer Imageverbesserung des Handwerks geführt habe. Es wurde mehr Doppel-Qualifizierung und mehr Kooperation der Kammern gefordert.

In einer anschließenden Diskussionsrunde wurde erörtert, welche Reformen jetzt anzupacken seien, um Probleme wie Jugendarbeitslosigkeit,

Fachkräftebedarf und betriebliche Innovationsfähigkeit zu meistern. Dazu wurden Vorschläge unterbreitet:

Lohn- und Tarifrecht attraktiver machen. Diese Forderungen von **Prof. Gerhard Bosch** (Uni Duisburg/Essen) ergänzte dieser durch sein einsteigen für ein Mindestlohn-Modell für qualifizierte wie unqualifizierte Arbeit.

Einbringung in den Findungsprozess der OECD, Projekt: Europäische Kern-Berufe mit gleichen Standards, aber erlernt auf differenzierten Wegen (**Dr. Klaus Heimann**, IG-Metall Frankfurt / Main).

Mehr Vergleichbarkeit von Qualifikation gemäß dem „Deutschen Qualifikations-Rahmen (DQR)“ forderte **Otto Kentzler**.

Zusammenfassend nannte **Dr. Axel Fuhrmann** (HGF der HWK Düsseldorf) Ansatzpunkte einer bildungspolitischen Neujustierung und Möglichkeiten zur attraktiveren Gestaltung der dualen Ausbildung. Für das duale System müsse man sich wieder begeistern können. Zur Attraktivitäts-Steigerung der dualen Ausbildung seien:

- die Ausbildungsqualität zu steigern,
- die Ausbildungsvergütung zu verbessern,
- attraktive Angebote an Schulabgänger, speziell Abiturienten zu machen,
- duale Studiengänge auf breiter Fläche anzubieten,
- das duale System für Pflege- und Gesundheit zu öffnen,
- die Zersplitterung der Zuständigkeit für duale Bildung (Hochschul-, Schul-, Wirtschafts- und Arbeits-Ministerium) zu beseitigen, und

HANDWERK

- die berufliche Bildung in Hochschulen zu thematisieren.

Das Schlusswort sprach **Dr. Thomas Köster**, Leiter des Kompetenzzentrums Soziale Marktwirtschaft. Er betonte, die betriebliche Ausbildung gehöre zur Sozialen Marktwirtschaft. Das Duale System brauche den Staat als Regelsetzer im schulischen, nicht aber im beruflichen Bereich. Dr. Köster schloss die Veranstaltung mit einem engagierten Plädoyer zu Gunsten des großen Befähigungsnachweises im Handwerk. <

Weitere Infos:

Pressemitteilung der HWK DD:

➔ www.hwk-duesseldorf.de/31,0,1890.html



Dr. Thomas Köster, Leiter des „Kompetenzzentrums Soziale Marktwirtschaft“

Bericht vom Dreikönigstreffen des NRW-Handwerks: „Wer regiert uns wirklich – Markt oder Politik?“

Das Dreikönigstreffen des nordrhein-westfälischen Handwerks am 17.01.2013 stand unter dem Motto „Wer regiert uns wirklich – Markt oder Politik?“ Diese Frage modifizierte NWHT-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Schulhoff in seiner Begrüßung: **Leben wir unter dem Primat des Marktes oder der Politik? Er fragte weiter nach den Grenzen für Markt und Politik und forderte eine Balance zwischen beiden Bereichen.**

Professor Schulhoff (Foto) leitete damit sehr gelungen in die vom FAZ-Herausgeber Professor Dr. Günther Nonnenmacher moderierte Veranstaltung ein.



Das erste Statement gab **Prof. Dr. Erich Weede** von der Universität Bonn ab. Seine These: „Uns regiert die Politik, leider!“ Die Politik solle dem Markt mehr Spielraum lassen, im Arbeitsrecht herrsche zu viel Protektionismus (zu viel Kündigungsschutz, Mindestlöhne etc.), Wähler seien durch rationale Ignoranz gekennzeichnet, in der Demokratie dominierten Partikularinteressen (Rentner, Bauern, Wenig-Verdiener), Sozialausgaben auf Pump besäßen keine ethische Rechtfertigung, usw. (Anm. d. Red.: Es ist beachtlich, wie man solch radikal-neoliberale Thesen nach

den Ereignissen der letzten Jahre vertreten kann. Aber: Weede traute sich, zu einer Überzeugung zu stehen, die andere Neoliberale zwar teilen, aber nicht mehr auszusprechen wagen. Aber manchmal wird durch „verbale Unfälle“ Gesinnung sichtbar, so z.B. bei der Forderung nach „Marktkonformer Demokratie“ durch Kanzlerin Merkel.)

Die Thesen Weedes („Ich bin ein Radikal-Liberaler!“) konnten von Klaus Reuter, Regionsvorsitzender des DGB, nicht unwidersprochen bleiben. Er sieht die Welt im Griff von Banken und Konzer-

HANDWERK

nen, die Reichtumsverteilung im Ungleichgewicht und Angst vor dem Abstieg verbreitet. Er forderte die Politik auf, endlich die Finanzmacht neu zu regulieren und (volkswirtschaftliche) Kosten endlich nach dem Verursacherprinzip zu decken.

Es folgte ein Statement von **Dr. Jürgen Rüttgers**, Ministerpräsident a.D., er vertrat die Einsicht, dass Marktadikalismus zu bestehenden Krise geführt habe. Professor Weede habe in seinem Beitrag Ursache und Wirkung vertauscht. Rüttgers forderte die Verbindung von liberaler Marktwirtschaft und sozialer Gesellschaftspolitik. Speziell für den angelsächsischen Wirtschaftsraum bemängelte er das Fehlen von marktwirtschaftlichen Zielsetzungen.

(Anm. d. Redaktion: Nicht nur für den angelsächsischen Wirtschaftsraum bestehen Ziele, nämlich Gewinnmaximierung um jeden Preis und Zurückdrängen des Staates durch eine möglichst unregulierte Privatwirtschaft. Man könnte meinen, Rüttgers wäre vom Saulus zum Paulus mutiert, keine Rede mehr von „Privat vor Staat“ und von einer Privatisierung der Sparkassen. Partielle Amnesie?)

Sven Gösmann, Chefredakteur der Rheinischen Post, kritisierte die Beiträge von Professor Weede und Klaus Reuter als holzschnittartig. Es gebe sowohl Politik-, als auch Marktversagen. Unzufriedenheit sei im Detail angebracht, aber die Prozesse der Politik seien in Deutschland erfolgreich gewesen.

Die Podiumsrunde beschloss **Dipl.-Volkswirt Josef Zipfel**, NWHT-Hauptgeschäftsführer. Seine These: Die So-

ziale Marktwirtschaft sei in den 90er Jahren angelsächsisch geprägt gewesen, was einer eingeschränkten Sozialen Marktwirtschaft entspräche. Die Soziale Marktwirtschaft setze Rahmenbedingungen und Grenzen. Deshalb bedürfe es ständiger Austarierung. Das Handwerk sei für starke politische Institutionen, die für stabile Umstände und Planungssicherheit zu sorgen habe.

(Anm. d. Red.: Die Frage, wer uns regiert, Markt oder Staat, ist für jede Volkswirtschaft anders zu beantworten. Es ist wie eine Waage, die sich immer neu einer Seite zuneigt, entweder der Macht des Staates oder dem Übergewicht der Politik. Josef Zipfel leitete daraus die Notwendigkeit einer stetig notwendigen Austarierung der Sozialen Marktwirtschaft ab.)

Andreas Ehlert, NWHT-Vizepräsident, beschloss nach reger Diskussion das Forum. Er schloss sich der Forderung nach einer notwendigen, ständigen Austarierung von Markt-Macht und Staats-Macht an.

Das folgende Dreikönigessen leitete eine Gruppe von Sternsängern ein. Es folgte ein Grußwort von **Werner Böhnke**, Vorstandsvorsitzender der Westdeutschen Genossenschaftsbank WGZ in Düsseldorf. Die WGZ war traditionell Gastgeber der Veranstaltung. Böhnke brachte seine Sorge zum Ausdruck, dass im Bankenwesen zunehmend Aufsichtsorientierung vor Kundenorientierung gehe, bedingt auch durch den Basel-3-Prozess. Man müsse den Ratingagenturen endlich Einhalt gebieten.

Festredner der Veranstaltung war **Dr. h.c. Nikolaus Schneider** (Foto), Vorsit-

zender des Rates der EKD. Sein Thema: „Der Bürger und sein Staat aus theologischer Sicht“. Auf Grundlage des 5. Artikels der „Barmer theologischen Erklärung“ von 1934 erklärte Dr. Schneider das Verhältnis von Kirche und Staat aus theologischer Sicht.

„Fürchtet Gott, ehrt den König!“ im Sinne von Ehrfurcht und Respekt vor Gott und Achtung sowie respektvollen Gehorsam vor dem König sei dazu die Basis. Verantwortung tragen Regierung und Regierte, der Staat müsse für Recht und Frieden sorgen. Die Bibel könne Kompass sein, die auf Ziele weise. Den Weg müsse man selber suchen. Dr. Schneider stellte in Frage, ob man noch von einer (funktionierenden, d. Red.) Sozialen Marktwirtschaft reden könne und begründete das mit der sich immer weiter öffnenden Schere zwischen Arm und Reich. „Sozialstaat“ sei zum Schimpfwort gekommen.

Zur Orientierung schloss er mit der Jahreslosung: „Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir.“ (Hebr 13,14).



Fazit: Eine gelungene Veranstaltung, dazu eine passende Auswahl des Festredners, dem ein beeindruckender Beitrag gelang. Vielen Dank, auch für die Einladung!

GENOSSENSCHAFTEN

Aus dem Newsletter der innova eG:

„Genossenschaften sind nun zur Antragstellung in den Förderprogrammen der KfW für die gewerbliche Wirtschaft zugelassen“

Im Zuge der Agenda 2010 waren in den Förderprogrammen der KfW für die gewerbliche Wirtschaft Formulierungen gewählt worden, die Genossenschaften aus diesen Förderprogrammen ausgeschlossen haben. (von Hans-Gerd Nottenbohm)

Anlässlich eines genossenschaftlichen Workshops der Friedrich-Ebert-Stiftung im letzten Sommer ist es mir gelungen, Gespräche mit der KfW zur Aufhebung dieses Ausschlusses aufzunehmen.

Nach mehreren Vorschlagsrunden auch mit den beteiligten Bundesministerien ist nun o.g. Kompromiss gefunden, mit dem Genossenschaften nun ansatzweise diese Programme nutzen können.

Aus meiner Sicht bleibt es ein Kompromiss, da nach wie vor die Politik zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft die Förderung des einzelnen, der Unternehmerin bzw. des Unternehmers, und nicht die des Unternehmens als Ganzes in den Mittelpunkt

ihrer Betrachtung stellt. Diese Aufgabe bleibt politischen Entscheidungsträgern eines weitergehenden Politikwechsels überlassen.

Außerdem: Bei den Änderungen in den Förderprogrammen der KfW für die gewerbliche Wirtschaft handelt es sich nur die Spitze eines Eisberges. Es bleiben noch zahlreiche Programme für andere Bereiche der Wirtschaft genossenschaftsorientiert auszugestalten, so die hinter den Bundesprogrammen liegenden einschlägigen Landesprogramme sowie die Berücksichtigung der genossenschaftlichen Selbsthilfe bei der Bundesagentur für Arbeit und in den Bundes- und Landesministerien für Arbeit und Soziales. <

Hans-Gerd Nottenbohm
innova eG, Projektbüro Dortmund
Huckarder Str. 12, 44147 Dortmund
Telefon +49 231 162041
Telefax +49 231 162798
Sitz der Genossenschaft
GnR 467, Leipzig

Weitere Infos:

➤ [Website der KfW](#)

Ordentliche Landeskonferenz der AGS Nordrhein-Westfalen

Samstag, 13. April 2013, 10 Uhr

CVJM, Graf-Adolf-Str. 102, 40210 Düsseldorf

Personalia

Prof. Wolfgang Schulhoff erhält NRW-Verdienstorden

Der 72-jährige Düsseldorfer Nationalökonom und Präsident der HWK Düsseldorf wurde im vergangenen Dezember von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft mit dem Verdienstorden des Landes ausgezeichnet.



Der Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen geht auf eine Stiftung von Johannes Rau zurück. Er wird an Bürgerinnen und Bürger verliehen, die sich außerordentliche Verdienste für die Allgemeinheit in allen Lebensbereichen erworben haben. Der Verdienstorden ist neben dem Staatspreis des Landes NRW die höchste Auszeichnung unseres Landes.

Aus der Laudatio der Ministerpräsidentin:

„Klappern gehört zum Handwerk – und das kann der „Handwerker“ Wolfgang Schulhoff besonders dann gut,

wenn er für das Handwerk selbst klappert. Der Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf wird nicht müde, bei seinen Kollegen, bei Los- und Freisprechungsfeiern oder vor den örtlichen Handwerksinnungen auf die wichtige Rolle des Handwerks hinzuweisen, z. B. für Ausbildung und Beschäftigung. [...] Als Präsident des Nordrhein-Westfälischen Handwerkstages (NWHT) engagiert er sich stark für den Mittelstand, z. B. für ein Vergabewesen, das kleinen örtlichen Betrieben mehr Chancen eröffnet, Aufträge zu erhalten. Doch den seit Jahrzehnten politisch für die CDU aktiven Wolfgang Schulhoff bewegen auch ganz andere Dinge: Bereits seit ihren Anfängen 1997/98 begleitet Wolfgang Schulhoff intensiv die Entwicklung der Stiftung Insel Hombroich, der Museumsinsel, die Kunst und Natur so einzigartig miteinander verbindet. Mittlerweile lenkt er ihre Geschicke als Vorstandsvorsitzender.“

Zu den diesem Termin ausgezeichneten Persönlichkeiten gehören ebenso Dr. Barbara Hendricks, MdB Kleve und Harald Schartau, Staatsminister a. D. Osnabrück.

Die AGSNRW gratuliert den Preisträgern! <

Termine

Was ist wann los in NRW?

Februar 2013

Montag, 18.02.2013, 19:00 Uhr

AGS Dortmund: UB-Konferenz

► Unser Gast im öffentlichen Teil (bis ca. 20:30) ist André Stinka, Generalsekretär der NRWSPD. Die anschließende UB-Konferenz mit Neuwahl des Vorstands ist Mitgliedern der AGS Dortmund vorbehalten.

Zentrum für Gehörlosenkultur, Union Gewerbehof, Huckarder Str. 2-8, 44147 Dortmund

März 2013

Donnerstag, 07.03.2013, 20:00 Uhr

AGS Bottrop: Unternehmerstammtisch

► Zu Gast ist Thomas Eiskirch MdL mit dem Thema „Neues Mittelstandsge-
setz & Unternehmensförderung“
„The Cottage“, Herzogstr. 58, Bottrop

April 2013

Samstag, 13.04.2013, 10:00 Uhr

Landeskongress der AGSNRW

► Die Einberufung ist fristgerecht Mitte Januar 2013 durch das Landesbüro erfolgt. Dieser Termin dient daher nur der Erinnerung ...

CVJM, Graf-Adolf-Str. 102, 40210 Düsseldorf

Alle aktuellen Veranstaltungshinweise auf unserer Webseite:

➔ www.ags-in-nrw.de/termine.htm

Bis zur nächsten Ausgabe!

André Brümmer

Vorsitzender der AGSNRW

NORDRHEIN-
WESTFALEN

AGS

**SELBSTÄNDIG.
VERANTWORTLICH.
SOLIDARISCH.**

Die AGS in NRW.